



Merz: Schlechtes Zeugnis für den Kanzler

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat der Ampel-Regierung in der Außen-, Sicherheits- und Migrationspolitik ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. In seiner Antwort auf die Regierungserklärung zum EU-Gipfel warf Merz Kanzler Scholz Zögerlichkeit bei der Unterstützung der Ukraine und der Umsetzung der Zeitenwende vor. Auch in der Asyl- und Flüchtlingspolitik fehle es Scholz an Initiative.

Mit Blick auf die Unterstützung der Ukraine sagte Merz, man könne „nur hoffen, dass wir nicht eines Tages aus der Rückschau sagen müssen, das war zu wenig und zu spät“. Die Ukraine kämpft seit bald einem Jahr einen Abwehrkampf gegen den russischen Aggressor. Man dürfe sich an den Krieg nicht gewöhnen, mahnte Merz. „Wir müssen dem Land weiterhelfen, humanitär, finanziell und eben auch militärisch.“ Merz kritisierte erneut, dass Deutschland bei der Lieferung moderner Kampf- und Schützenpanzer „gebremst und gezögert“ hat. Selbst nach dem Beschluss der Bundesregierung werde die Auslieferung der Panzer Wochen und Monate dauern, weil sie noch instandgesetzt werden müssen. Auch die Ausbildung ukrainischer Soldaten daran habe noch nicht begonnen. Dabei droht der Ukraine ein noch brutalerer Angriff der Russen in den nächsten Wochen.

Die unmittelbar nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene Zeitenwende findet laut Merz „weitgehend auf dem Papier statt“. Aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von einer Milliarde Euro seien praktisch noch keine Bestellungen aufgegeben worden. Die Rüstungsunternehmen hätten keine Aufträge und somit keine Planungssicherheit. „So kann man mit den Bündnisverpflichtungen nicht umgehen“, kritisierte Merz.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende beteuerte, dass Deutschland selbstverständlich Menschen helfe, die in Not geraten – Menschen etwa, die aus den Kriegsgebieten in der Ukraine fliehen oder aus der Erdbebenregion in der Türkei und Syrien. Er verwies darüber hinaus auf das Problem der irregulären Migration, die derzeit wieder stark ansteigt und die Kommunen vor riesige Probleme stellt. In vielen Städten und Gemeinden sind die Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft.

Um Lösungen zu erarbeiten, rief Merz Scholz auf, zu einem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt einzuladen. Der Kanzler dürfe die Sache nicht seiner Innenministerin überlassen, die in Gedanken schon bei ihrem Wahlkampf um das Ministerpräsidentenamt in Hessen sei. Merz forderte den Kanzler außerdem auf, sich in Brüssel für eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik einzusetzen. Scharf kritisierte er, dass Scholz sich nicht mit den Vorschlägen der schwedischen Ratspräsidentschaft zur Migration befasst. Diese sehen unter anderem eine härtere Gangart gegenüber Ländern vor, die ihre Staatsbürger nicht zurücknimmt, obwohl diese kein Aufenthaltsrecht in der EU haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



bereits jetzt besteht in vielen Regionen Nordrhein-Westfalens ein erheblicher Mangel an Wohnraum. Bezahlbares Wohnen ist so eine wichtige soziale Frage, in vielen unseren Städten und inzwischen auch im ländlichen Raum, geworden. Die Ampel-Regierung hat ihr Ziel, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – bauen zu wollen jedoch leider klar verfehlt. Wenn die Baupolitik der Ampel sich so fortsetzt, wird in dieser Legislaturperiode von den angekündigten 1,6 Millionen neuen Wohnungen nicht einmal die Hälfte gebaut.

Die Ampel-Regierung schafft es nicht, die offensichtlichen Probleme mit einer klaren und umsetzbaren Strategie anzugehen. Stattdessen trägt sie dazu bei, dass sich die Situation weiter verschlechtert. Sie stiftet Chaos bei den Förderprogrammen, stellt überzogene Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden und will die Mietprelsbremse nochmals verschärfen. Auch die Abschaffung bewährter Programme wie das Baukindergeld ist das falsche Signal in der Bau- und Familienpolitik. Bauherren und viele Familien werden dadurch verunsichert. Bauen und Investieren braucht aber vor allem eines: Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Nur mit mehr Wohnungsneubau schaffen wir den benötigten neuen Wohnraum. Dabei müssen wir alle Wohnformen fördern: Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser. Wir dürfen uns keine ideologischen Einschränkungen leisten, denn nur wenn wir alle Kräfte bei Bauherren und Unternehmen freisetzen und alle Wohnformen berücksichtigen, können wir den Wohnungsneubau in Schwung bringen.

Herzliche Grüße aus Berlin!
Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Die Regierung tritt bei der digitalen Barrierefreiheit auf der Stelle



Chancen der Digitalisierung beherzter anpacken

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Digitalpolitische Bilanz des ersten Jahres der von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gebildeten Bundesregierung“ erklärt der Beauftragte der Fraktion für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, Wilfried Oellers:

„Die Bundesregierung tritt bei der digitalen Barrierefreiheit weiter auf der Stelle. Es ist zwar löblich, dass die Barrierefreiheit bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes eine größere Rolle spielen soll. Die Antwort lässt aber offen, ob und wie die Standards zur Barrierefreiheit auf Bundesebene auf die Bundesländer übertragen werden sollen. Denn dort wird der Großteil der Verwaltungsdienstleistungen erbracht. Unklar bleibt auch, wie die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen verbindlich gestaltet werden kann und welche Rolle hier die Digitallabore spielen sollen.

Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke sowie Werkstätten für behinderte Menschen warten auf ein Förderprogramm für den Aufbau einer barrierefreien Infrastruktur und zur Vermittlung digitaler Kompetenzen. Als CDU/CSU-Fraktion hätten wir hierfür dieses Jahr im Bundeshaushalt 150 Millionen Euro bereitgestellt. Die Ampel hat dies abgelehnt und meint, die zusätzlichen Aufwendungen könnten allein über die Kostensätze der Rehabilitationsträger abgedeckt werden.

Die Bundesregierung muss die Chancen der Digitalisierung für Menschen mit Behinderungen beherzter anpacken.“

Hinweis: Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage kann hier abgerufen werden: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005475.pdf>

Foto: Frank Thelen

49-Euro-Ticket: Ampel sorgt für völliges Chaos

Nach etlichen Anläufen und Terminverschiebungen scheint jetzt der Starttermin für das 49-Euro Ticket festzustehen. Das war allerdings auch die einzig gute Nachricht. Immer noch sind viele Punkte ungeklärt. Die Ampel schafft mit dem 49-Euro-Ticket ein großes Haushaltsrisiko für den Bund mit enormen Unsicherheiten für die Zukunft. Schon heute ist klar, dass die ursprünglich veranschlagten jährlichen 3 Milliarden Euro von Bund und Ländern niemals reichen werden.

Das 49-Euro-Ticket ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Ampel-Regierung arbeitet: Chaos geht vor Ordnung, Oberflächlichkeit geht vor Genauigkeit, Ideologie geht vor Vernunft. Bevor man viel Geld für ein Ticket ausgibt, das mehr Menschen in Bahn und Bus bringen soll, muss man doch erst einmal dafür sorgen, dass diese überhaupt fahren. Der Topf für den Erhalt und den Ausbau der nötigen Infrastruktur schrumpft aber durch das 49-Euro-Ticket massiv. Verkehrsminister Wissing macht mit dem 49-Euro-Ticket den dritten Schritt vor dem ersten.

Die Strategie müsste stattdessen lauten: Bestand sichern, Ausbau vorantreiben und danach Kundenzahl steigern. Und nicht genug: Herr Wissing schiebt die Verantwortung für sein auserkorenes Lieblingsprojekt komplett auf die Kommunen ab und lässt sie damit alleine.

Diese müssen die Beschlüsse nicht nur mit der Brechstange umsetzen, sondern sie tappen auch finanziell im Dunkeln. Die Finanzierung des Tickets ist nur für 2023 geklärt, ab 2024 ist sie eine Black Box. Wenn es dumm läuft, wird das Ticket ab dem nächsten Jahr viel teurer und damit zur Mogelpackung für die Kunden.

Ebenfalls skandalös: Eigenwirtschaftliche Verkehre, die von den Ticketeinnahmen leben und einen großen Teil des ÖPNV im ländlichen Raum anbieten, werden in die Insolvenz getrieben. Sie werden beim 49-Euro-Ticket komplett ignoriert und bekommen wegfallende Einnahmen nicht ausgeglichen. Das alles wird Herrn Wissing und vor allem unserem ÖPNV im ländlichen Raum auf die Füße fallen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 03/2023,
10. Februar 2023

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck